

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 1. März 1932
— 1. Jahrgang —
Herausgeber: R. K. ...

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 1. März 1932
— 1. Jahrgang —
Herausgeber: R. K. ...

Kategorie: Erzgebirge. Entfaltung die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 72 Freitag, den 25. März 1932 27. Jahrgang

Protest gegen die Memellandtagsauflösung

Deutsche Schritte in Kowno und bei den Mächten

Berlin, 23. März. Zu der gestern erfolgten Auflösung des memelländischen Landtages nimmt man in Berliner politischen Kreisen den Standpunkt ein, daß das litauische Direktorium von vornherein ungesetzlich gewesen ist. Es ist mit der direkten Bestimmung als Kampfdirektorium gebildet worden. Nach dem Memelstatut hätte das Memeldirektorium nach dem gestrigen erfolgten Wählerstimmvolkum des memelländischen Landtages abtreten müssen. Auch die Signatarmächte haben in ihrer Note zum Ausdruck gebracht, daß eine etwa erfolgende Auflösung des memelländischen Landtages eine Verletzung des Memelstatuts darstellen würde.

Nach Ansicht der Berliner politischen Kreise ergibt sich aus der heutigen Situation das folgende: Die Signatarmächte sind in keiner Weise von der Verantwortung frei. Sie werden 1. den Fall Böttcher zur Entscheidung vor den Haager Gerichtshof bringen, 2. werden sie zu der Auflösung des memelländischen Landtages und besonders 3. zu dem, was jetzt im Memelgebiet geschieht, Stellung nehmen müssen, um eine ordnungsmäßige Wahl sicherzustellen. Sie werden alles tun müssen, um zu verhindern, daß die Wahl durch litauische Maßnahmen verfallt wird. Deutschland wird dahin wirken, daß die Kollektivnote der Signatarmächte, in der ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die Wagnahme der Auflösung des Landtages ungesetzlich ist, mit der nötigen Energie durchgeführt wird.

Wie wir weiter hören, wird von deutscher Seite eine Demarche sowohl in Kowno als auch bei den Signatarmächten gegen die Auflösung des Landtages erfolgen, weil das Direktorium nicht dem Memelstatut gemäß zustande gekommen ist.

Wahlfehler im Memelgebiet

Berlin, 24. März. Der Kommandant des Memelgebietes hat, wie die „D. A. B.“ aus Memel meldet, der Memelländischen Landwirtschaftspartei die Abhaltung von Versammlungen vorläufig verboten. Die Memelländische Landwirtschaftspartei ist die größte Partei des Memelgebietes und bildete zusammen mit der Sozialpartei in allen Landtagen bisher die Mehrheit. Diesem Verbot liegt ein „Dörfchenfall“ in einer Versammlung der Landwirtschaftspartei zugrunde. In dieser wurde ein großlitauischer Parteimitglied, der sich fortgesetzt in schweren Beschuldigungen von Mitgliedern der Landwirtschaftspartei erging, von den Versammelten trotz des Widerspruches der Versammlungsleiter und des Parteivorstandes an die festliche Luft besperrt. Dieser Vorfall, an dem nur der großlitauische Parteianhänger die Schuld trägt, ist jetzt zum Anlaß genommen worden, um der Memelländischen Landwirtschaftspartei einen wichtigen Abschnitt der Zeit, die für die Vorbereitung der Reichswahl benötigt werden muß, fortzunehmen.

Gruppe der Goethe-Gesellschaft, Geheimrat Dr. Mentz, ein Schreiben gerichtet, in dem er bittet, der Goethe-Gesellschaft in Weimar Glückwünsche zu dem festlichen Tage zu übermitteln. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Da dieses Jahr ja auch für die amerikanische Nation durch die Feier der 200jährigen Wiederkehr des Geburts-tages von George Washington ein so bedeutungsvolles ist, so gedenken wir auch mit warmer Anteilnahme Ihres großen Nationalfestes auf geistigem Gebiet, das in unserem Lande eine ungeteilte Verehrung genießt.“ — Diesem Glückwunsche, der an Professor Petersen als Vorsitzenden der Goethe-Gesellschaft in Weimar weitergegeben worden ist, hat sich auch das George-Washington-Komitee in Dresden angeschlossen.

Gerhart Hauptmann sagt ab

Weimar, 23. März. Gerhart Hauptmann, der am 1. Osterfesttag in der Weimar-Halle zum Abschluß der Gedächtnisfeier einen Vortrag halten sollte, hat heute in einem Telegramm an den Reichsausschuß ab-gesagt. Gerhart Hauptmann hat erklärt, er wolle sich so überanstrengen, daß er nicht in der Lage sei, dem Rufe nach Weimar zu folgen. Diese Gründe ersehen aber nicht stichhaltig. Es scheint vielmehr, daß der Dichter eine stärkere Hervorhebung seiner Person aus Anlaß dieser Feiern erwartet hatte. Die entsetzende Kunde wird dadurch ausgefüllt, daß Ludwig Wallner am Sonntag Teile aus „Dermann und Dorothea“ re-gistrieren wird.

Keine Zusammenlegung der Invaliden- und Angestelltenversicherung
Berlin, 23. März. Die Behauptung, daß durch eine Vorberordnung die Zusammenlegung der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorbereitet würde, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Dänemark entläßt 500 Desoffiziere

Kopenhagen, 23. März. Auf Grund des neuen dänischen Heeres- und Marinegesetzes wurde am Dienstag über 500 Desoffizieren mit dreimonatiger Frist gekündigt. Alle Militärskapellen werden aufgelöst und die Militärmusiker, mit Ausnahme der Garde-musik, gekündigt.

Rohle gegen Kaffee

Die Verhandlungen über einen Austausch von Roh-rohle gegen brasilianischen Kaffee scheinen nunmehr doch laut „B. Z.“ zu einem positiven Abschluß gekommen zu sein. Wie wir hören, handelt es sich hierbei um die Lieferung von 75 000 Tonnen Steinkohle durch das Ruhrkohlen-syndikat, die auf einen langen Zeitraum verteilt sind. Soweit man hört, ist eine Stelle zwischengeschaltet worden, die den Abschluß des brasilianischen Kaffees besorgt und ver-mutlich das Geschäft auch bis zu einem gewissen Grade beaufsichtigt. Ueber die Einzelheiten der Transaktion sind authentische Mitteilungen bisher nicht zu erlangen. Für den Ruhrbergbau war der Geschäftspunkt maßgebend, ein weiteres Ansteigen der Halbenbefehle zu verhindern, selbst auf das Risiko hin, das sicherlich mit dem Geschäft verbunden ist. Wenn es sich auch nicht um eine Menge handelt, die im Vergleich zum Gesamtabsatz des Ruhrkohlen-syndikats eine große Rolle spielt, so ist doch von Bedeutung, daß man auf diese Weise am südamerikanischen Rohlenmarkt fester Fuß zu fassen vermag.

Hadebeil soll gegen Ration von 100 000 RM freigelassen werden

Berlin, 23. März. Bei dem gestrigen Haftprüfungs-termin für Generaldirektor Guido Hadebeil wurde unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls beschlossen, Hadebeil gegen Sicherheitsleistung von 100 000 RM und Hinterlegung seines Pases aus der Haft zu entlassen, da bei dem gegenwärtigen Stand der Untersuchung Verbunkelungs-gefahr nicht mehr zu befürchten sei.

Neue große Bauerndemonstration

gegen Zwangsverfeigerung in Nordhieswig
Augsburg, 23. März. Eine neue große Bauern-demonstration gegen das System der Zwangsverfeigerungen fand gestern in Augsburgs Nähe statt. Diesmal sollte der Hof von Rissen-Stamm, eines Häufers der Bauernbewegung, zwangs-versteigert werden. Als das auf dem Markt in Augsburgs Nähe bekannt wurde, sammelten sich auf dem Hof an 400 Bauern und zogen auf den Rissensteden Hof, besetzten sämtliche Räume und bl-

Weitere Zeitungsverbote

Breslau, 23. März. Durch den Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien wurde heute die nationalsozia-listische „Schlesische Tageszeitung“ nebst ihren Kopieblättern vom 24. bis 28. März verboten. Anlaß dazu gab ein Auf-ruf, der schwere Beschimpfungen der preussischen Polizei enthält. Gleichzeitig wurde wegen Beschimpfung des preussischen Innenministers und der Polizei gegen die Wochenblätter „Schlesischer Beobachter“ und „Deutsche Ostfront“ für die Zeit vom März bis zum 6. April ein Verbot ausgesprochen.

München, 23. März. Die kommunistische „Neue Zeitung“ wurde wegen Beschimpfung des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und leitender Beamter des preussischen Staates auf die Dauer von einer Woche verboten.

Die nationalsozialistische Wochenchrift „Der SA-Mann“ wurde wegen Beschimpfung des preussischen Innen-ministers auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Köln, 23. März. Die nationalsozialistische „Neue Nationalzeitung“ wurde von der Polizeidirektion bis zum 28. März verboten.

Die „Rote Fahne“ verboten

Berlin, 23. März. Der Polizeipräsident hat die kommunistische „Rote Fahne“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten.

Ausgeglichener Reichs-Etat

Er balanciert mit 8,5 Milliarden

Der Reichsetat für 1932, dessen Aufstellung un-mittelbar vor dem Abschluß steht, wird in Einnahmen und Ausgaben mit etwa 8,5 Milliarden RM balancieren. Es ist also gelungen, die Ausgaben nach etwa-mal erheblich herabzusetzen. Der Reichshaushaltsplan für 1931 war mit rund 9,8 Milliarden angesetzt. Der neue Haushaltsplan wird um 0,8 Milliarden niedriger liegen.

Man muß sich vergegenwärtigen, welche gewaltigen Anstrengungen schon in der Vergangenheit ge-macht werden mußten, um den Reichsetat unter die 10-Milliarden-Grenze herunterzubringen. Wesentliche Kosten des Haushaltes sind mangels Aufstiegs, entzogen sich also von vornherein allen Bemühungen um eine Ver-minderung. Andere erhöhten sich unter dem Druck der Krise und werden sich voraussichtlich weiter erhöhen. Für den Ausgleich, der trotz der rapide abfallenden Einnahmen erzielt werden mußte, stand nur ein ver-hältnismäßig kleiner Teil der Gesamtsumme zur Ver-fügung. Nur unter Aufwendung der äußersten Härte ist es gelungen, diesen Rest jetzt noch einmal wesentlich zu kürzen.

Sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sind, werden die einzelnen Minister in einer Groß-Besprechung

noch einmal zu dem neuen Etat Stellung nehmen. Der Haushaltsplan wird dann unverzüglich dem Reichstabi-nett vorgelegt.

Weiterer Rückgang bei der Reichsbahn

Berlin, 23. März. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft trat am 21. bis 23. März in Berlin zu einer Tagung zusammen. Er wählte den seit 1925 im Amt befindlichen Generaldirektor Dr. Ing. e. T. Dorpmüller einstimmig auf weitere drei Jahre zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Der Reichspräsident hat die Wahl bekräftigt. Die Beratungen über die Finanzen der Reichsbahn liegen den geleiterten Rat der Lage erkennen, die sich für die Reichsbahn aus der dar-nieberliegenden deutschen Wirtschaft und der Weltkrise ergibt. Die bisherige Entwicklung der Einnahmen im Januar und Februar 1932 bleibt — mit 48,4 Prozent weniger als in den gleichen Monaten 1931 — noch weit hinter den bisherigen schon sehr un-günstigen Annahmen zurück. Im Personenverkehr wurden 19,0 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 1931 und 34,5 Prozent weniger als im 1930 verzeichnet. Noch viel mehr litt der Güter-verkehr, bei dem der Rückgang der Einnahmen gegenüber 1930 über 30 Prozent und gegen 1929 beinahe 50 Prozent ausmachte. Die des Wirtschaft seit dem Herbst 1931 gemachten Tarif-ermäßigungen von über 400 Millionen RM haben sich bisher nicht als verheerender ausgemacht. Bei dieser Lage muß die Wir-tschaft der Reichsbahn mit äußerster Vorsicht und Sparlichkeit ge-führt werden. Das aus der freierhalten Reichsbahnanteile zu bedende Arbeitsprogramm in Höhe von 250 Millionen RM wird planmäßig durchgeführt.

Neue nationalsozialistische Klage beim Staatsgerichtshof

München, 23. März. Rechtsanwalt Dr. Frank II hat als Vertreter der NSDAP und Hitler wegen des vom Reichsinnenminister auf Grund der Verordnung über den Oberriesen an sämtliche deutschen Sendegesellschaften gerichteten Verbotes politischer Ansprachen im Rundfunk Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich er-hoben, da damit Adolf Hitler als Kandidat für die Reichs-präsidentenwahl unterlag sei, im Rundfunk zu sprechen.

Auflösung der Hamburger Bürgerchaft

Hamburg, 24. März. Nach teilweise außerordent-lich heftiger Debatte in der Bürgerchaft wurde gestern der nationalsozialistische Auflösungsantrag mit den Stimmen aller anwesenden 148 Abgeordneten angenommen. Der weitere Zusatzantrag der Nationalsozialisten, die Neuwahl auf den 8. Mai festzusetzen, wurde, da die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht erreicht wurde, abgelehnt. Danach bleibt es also verfassungsmäßig dem Senat überlassen, den Wahltermin festzusetzen und es ist anzunehmen, daß der Senat die Wahlen ebenso wie bei den anderen Länderparla-menten auf den 24. April festlegen wird.

Glückwünsche Amerikas zum Goethe-Tag

Der amerikanische Generalkonsul in Dresden, A. T. Heberle, hat an den Vorsitzenden der Dresdener Ord-